

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die südafrikanische Union in der Weltpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Die südafrikanische Union in der Weltpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 5, pp. 278-280

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131711>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die südafrikanische Union in der Weltpolitik

Politische und wirtschaftliche Rückwirkungen der Parlamentswahlen

Johannesburg, 13. 5. 53

Nach Ablauf der gesetzlichen Legislaturperiode von fünf Jahren erfolgten am 15. April die Neuwahlen zum Volksrat der Südafrikanischen Union. Die durch die Konstitution bedingte Wahlkreiseinteilung verlegte, mehr noch wie bei den letzten Wahlen, das Schwergewicht der Entscheidung auf das flache Land, so daß sich trotz der überwiegenden Stimmabgabe für die Anhänger der liberalen Gegenparteien eine erhebliche Mehrheit von dreißig Sitzen für die Nationalisten ergab. Die politischen Aspekte des Wahlprogramms der nationalistischen Partei waren auf der Durchführung der Rassengesetzgebung begründet, die die „Apartheid“, die Scheidung von Weiß und Schwarz, zur Basis hatte. Von jeher hatten die Nationalisten, die den Kern des Burentums darstellen, ihre aus dem engen Zusammenleben mit den Eingeborenen und Farbigen resultierende größere Erfahrung in den Problemen der Rassengegensätze betont. Als Konsequenz hatten sie auch in ihren Wahlparolen stets auf einer rigorosen Anwendung der „colour bar“ bestanden.

Demgegenüber war es den Liberalen, um die sich die englischen Elemente, also in erster Linie Industrie und Handel der Städte, gruppieren, nicht gelungen, eine konkrete Lösung der rassenpolitischen Schwierigkeiten zu unterbreiten. Im Hinblick auf die starke Intensivierung der liberalen Wahlkampagne bestand jedoch trotz allem die Möglichkeit eines Sieges der Vereinigten Partei, so daß eine exakte Prognose „a priori“ nicht gestellt werden konnte. In klarer Erkenntnis des Stimmungsumschwunges in Südafrika hatten die Führer der Opposition als eine Art von Schaufensterdekoration gemäbigte Buren als Parlamentskandidaten aufgestellt. Da die von der

Opposition akzeptierte Lösung der Rassenprobleme mehr der liberalen Auffassung der britischen Kolonialpolitik entsprach, bewiesen die Wähler, die in erster Linie für die weiße Vorherrschaft eintraten, eine ablehnende Haltung und stimmten für die Partei des Dr. Malan.

Der Wahlsieg der Nationalisten hat im neuen Parlament eine eindeutige Situation geschaffen, so daß die Regierung weniger als bisher auf die Unterstützung der Opposition angewiesen ist. Diese veränderte Lage wird sich auch in der Wirtschaftspolitik widerspiegeln, die in vielfacher Hinsicht der Haltung der Opposition diametral entgegengesetzt ist. Die Tendenz, die burische Wirtschaft zu fördern und wohl auch bis zu einem gewissen Grade von britischem Kapital- und britischen Industrieinteressen unabhängig zu machen, wird aller Voraussicht nach den Weg zu einer Neugestaltung weisen. So wird sich die Durchsetzung der Wirtschaft mit jungen burischen Elementen, deren Initiative und Vitalität letztlich in den Vordergrund getreten ist, in Zukunft noch weit stärker auswirken. Bereits heute befinden sich ein afrikanischer Bankenblock sowie private und staatliche Großbetriebe fast ausschließlich in den Händen der Buren.

In der Frage der Wirtschaftspolitik wurde im Verlaufe der Wahlkampagne von den Liberalen die Zusicherung gegeben, daß im Falle eines Sieges eine völlige Liberalisierung des südafrikanischen Handels erfolgen werde. Eine sofortige Aufhebung aller Einfuhrbeschränkungen wurde in Aussicht genommen. In der Tat war es der Regierung gelungen, das bisherige jahrelange Passivsaldo der südafrikanischen Außenhandelsbilanz auszugleichen. Obwohl daher theoretisch eine derartige Außenhandelspolitik durchaus durchführbar gewesen wäre, hatten sich bereits

warnende Stimmen aus Kreisen der verarbeitenden Industrien erhoben, die gegen eine Liberalisierung Stimmung machten. Um den Widerstand der Industriekreise zu brechen, versprachen die Liberalen die Errichtung von Schutzzöllen zugunsten der einheimischen Produktion.

Die bis jetzt von der Regierung verfolgte Wirtschaftspolitik dürfte in naher Zukunft kaum eine drastische Veränderung erfahren, obwohl südafrikanische Industrie- und Handelskammern sowie andere Wirtschaftsverbände die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen propagieren. Da die Erwägungen des Wirtschaftsministeriums eine Förderung des südafrikanischen Exports begünstigen, dürfte einer gesunden Expansion der Sekundärindustrien ein größeres Augenmerk zugewandt werden als der verstärkten Einfuhr von Fertigerzeugnissen. Diese Einstellung der Regierung kommt auch eindeutig durch die großzügige offizielle Beteiligung an der Cecil Rhodes-Messe in Bulawayo zum Ausdruck. Gewisse Bedenken bestehen jedoch, daß der staatliche Einfluß auf die Privatwirtschaft eine unliebsame Steigerung erfahren wird, was bereits durch die Ernennung eines staatlichen Wirtschaftsbeirates angedeutet wurde.

Für die Deutsche Bundesrepublik bietet die Wiederwahl der Nationalisten die Gewähr, daß der bisherige Kurs fortgesetzt wird und die gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht durch das Hineinbringen einer englischen Vorzugsklausel erschwert werden. Die freundschaftliche Haltung der Regierung gegenüber Westdeutschland sollte auch bei der Erteilung von Staatsaufträgen wiederum in Erscheinung treten.

Es wäre völlig abwegig anzunehmen, daß in den Wirtschaftsbeziehungen zu Großbritannien grundlegende Änderungen eintreten könnten. Großbritannien ist nicht nur der wichtigste Exporteur, sondern auch der hervorragendste Abnehmer südafrikanischer Produkte.

Darüber hinaus ist die Basis für eine gesunde Entwicklung der süd-afrikanischen Wirtschaft in der Kapitalbeschaffung begründet. So begrüßenswert auch die Bestrebungen und Erfolge sind, Kapital in der Schweiz und in den USA. aufzunehmen, so liegt doch die Hauptstütze für überseeische Kapitalwanderung auf dem Londoner Geldmarkt. Die Verflechtungen, die sich durch die Uranproduktion und die

Lieferung anderer strategischer Rohmaterialien ergeben, machen eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien eo ipso erforderlich. Als eine versöhnliche Geste im Sinne der nationalistischen Regierungspolitik hat Ministerpräsident Malan zusammen mit mehreren Kabinettskollegen die Einladung der englischen Königin, an den Krönungsfeierlichkeiten teilzunehmen, akzeptiert. (Bm)

Fachleute, Kaufleute und Handwerker hervorbringen. Die Reservate sollen landwirtschaftlich und industriell von den Eingeborenen entwickelt und betrieben werden.

In Südafrika besteht ein großes Ministerium, daß sich nur mit den Angelegenheiten der Eingeborenen befaßt. Im Parlament haben die Schwarzen 4 gewählte weiße Vertreter. In der Transkei und Ciskei, den großen Eingeborenenreservaten, mit 1,5 Millionen schwarzen Einwohnern, ist bereits eine Eingeborenenverwaltung eingerichtet worden, jede mit einer eigenen „Bunga“ oder einem Generalrat. Diese lokale Selbstverwaltung hat sich bewährt. Schwieriger ist allerdings die Entwicklung bei den entwurzelten Eingeborenen außerhalb der Reservate. Diese können sich weniger an eine eigene kommunale Selbstverwaltung gewöhnen. Darum sollen auch die Reservate stets die eigentliche Heimat der Bantu bleiben.

Der Wahlsieg Malans bestätigt, daß der größte Teil der weißen Bevölkerung seiner Politik mit dem Ziel der „Apartheid“, die jedem das Seine und nicht jedem das Gleiche geben will, zustimmt. Wenn dieses reiche afrikanische Land der weißen Bevölkerung erhalten bleiben soll, dann wäre bei einer Bevölkerungsverteilung von 8½ Millionen Schwarzen und 2½ Millionen Weißen eine Gleichberechtigung Selbstmord der Weißen. Im Interesse der weißen Rasse ist es nur bedauerlich, daß zwischen den beiden großen Parteien der weißen Bevölkerung eine fast unüberbrückbare Kluft besteht. Der alte Gegensatz Engländer: Buren scheint nicht zu überwinden zu sein; um so beachtlicher ist Malans Versuch, jetzt nach der Wahl, durch den angekündigten Besuch in London zu einer Verständigung zu kommen. Die angelsächsisch gesonnenen Vertreter der Vereinigten Partei mit ihrer weltweiteren beweglicheren Art, die meistens in den städtischen Bezirken beheimatet sind, könnten zusammen mit den bodenständigen, aber schwerfälligeren Nationalisten aus den ländlichen Bezirken am erfolgreichsten der schwarzen Gefahr begegnen.

Bei einer Würdigung des Wahlergebnisses muß auch berücksich-

Eindrücke von einer Südafrika-Reise

An Bord der Atlantik, Mai 1953
Die Nachrichten über Südafrika in den vergangenen Jahren ergaben manchmal den Eindruck, daß nicht nur in der englischen Kolonie Kenya, sondern auch in der südlichen Union starke Eingeborenenunruhen an der Tagesordnung wären. Vielleicht war alsdann mancher Leser solcher Meldung geneigt, den Regierungschef der Südafrikanischen Union, Dr. Malan, hierfür verantwortlich zu machen, da die Unruhen als Auswirkung seiner Politik der strengen Rassentrennung dargestellt wurden.

Hierbei wurde zunächst übersehen, daß die Schwarzen-Unruhen der Mau Mau-Bewegung sich von der Union so weit entfernt abspielen, wie Hamburg von Sizilien entfernt ist. Die hin und wieder auftretenden Unruhen in der Union halten sich in engen Grenzen. Sie beschränken sich im allgemeinen auf die verwahrlosten Stadtviertel der großen Städte, in denen die ihren Stämmen entfremdeten schwarzen Industriearbeiter wohnen. Schon bisher aber wandte die Union große Summen auf, um diesen Schwarzen ausreichende Wohnstätten zu schaffen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Nachrichtenquelle für das Ausland in erster Linie die englandfreundliche Vereinigte Partei ist, deren Veröffentlichungen in englischer Sprache erscheinen, während die Regierungsblätter Malans zum größten Teil in Afrikaans gedruckt werden. Ihre Meldungen dringen darum nur spärlich über die Grenzen. So wird die westliche Welt doch etwas einseitig über die afrikanische Politik unterrichtet. Es wird zwar immer berichtet, daß Malan für strengste Rassentrennung eintrete, aber nicht

genügend gesagt, daß die englandfreundliche Vereinigte Partei sich auf diesem Gebiet kaum von den Buren unterscheidet. Auch sie will Rassentrennung, ist aber in der Wahl ihrer Mittel geschmeidiger.

Wenig bekannt ist auch die Tatsache, daß die Regierung Malans das 7-fache für ihre schwarze Bevölkerung aufwendet von dem, was die Engländer in ihren Kolonien für die Eingeborenen tun. Aus diesem Grunde ist die Union auch für die Schwarzen anziehend, laufend sickern sie über die nördlichen Grenzen in das Unionsgebiet hinein.

Bei den Eingeborenen handelt es sich um eine Vielzahl von Bantu-Stämmen, die verschiedene Sprachen sprechen und sich in Sitten und Gebräuchen voneinander unterscheiden. Ein demokratisches System nach europäischem Vorbild könnte nur dann angewendet werden, wenn die Eingeborenen Schulkenntnisse hätten und wenn eine gewisse Anpassung an die westliche, ihnen heute noch fremde, Kultur bestände. Das System der „Apartheid“, der Rassentrennung ist darum heute für eine gesunde Entwicklung Südafrikas die einzige Möglichkeit. Natürlich muß ein solches System um Reibungen zu vermeiden, beweglich unter Berücksichtigung des fortschreitenden Umwandlungsprozesses gemeistert werden.

Durch die „Apartheid“ ist es möglich, daß beide Rassen ihre Eigenart behalten und freundschaftlich nebeneinander leben können. Innerhalb der Reservate, die den Schwarzen in Gestalt von großen Landesteilen zur Verfügung stehen, sollen sie in zunehmendem Maße aus ihren eigenen Reihen Beamte,

tigt werden, daß die Vereinigte Partei keine solche Persönlichkeit an der Spitze aufzuweisen hat wie die Buren. Ihr Vorsitzender, ein Rechtsanwalt Dr. Strauß, hat als Nachfolger Smuts', der große persönliche Autorität genoß, einen schwierigen Stand.

Von entscheidender Bedeutung für den Wahlausgang ist die Unterstützung durch die deutschen und die deutschstämmigen Bewohner Südwestafrikas. Nach dem Druck der Regierung unter Smuts konnten sie sich unter Malan freier entwickeln. Die Ausweisung der Deutschen wurde gleich nach seinem Regierungsantritt 1948 gestoppt. Später wurde auch das Vermögen der ansässigen Deutschen freigegeben. Eine Geste Malans war auch die Adoption eines deutschen Flüchtlingskindes. Für alles haben die Deutschen nunmehr bei dieser Wahl Malan ihren Dank abgestattet. Ganz allgemein kann ein Deutscher in der Union feststellen, daß die Afrikaner ihm wohlgesonnen sind. Dies äußert sich unter anderem auch in einer großen Gast-

freundschaft dem deutschen Besucher gegenüber.

Die Deutschen, die heute in der Union leben, können sich trotzdem keinen Illusionen hingeben. Alle freierwerbenden Stellen im öffentlichen Dienst werden in erster Linie mit Buren besetzt.

Auch zum Verkauf stehende Farmen gehen zuerst in burische Hände; an zweiter Stelle steht der Engländer, der ja immer noch ein gewichtiges Wort in der Union mitzusprechen hat. Der Deutsche wird also stets erst als Dritter berücksichtigt werden. Diese Entwicklung macht sich besonders in der früheren deutschen Kolonie Südwestafrika, dem heutigen Mandatsgebiet der Union, bemerkbar. Durch eine geschickte Bodenpolitik versteht der Afrikaner, dieses im Norden noch stark deutsch durchsetzte Land langsam aber sicher in seine Hände zu überführen. Die deutschen Politiker, die mit der Südafrikanischen Union zu tun haben, sollten diese tatsächlich herrschenden Verhältnisse nicht außer acht lassen. (A. S.)

Wirtschaftliche und politische Konfliktstoffe

London, 12. 5. 53

Seit Dr. Malans Wahlsieg hält man in England mit Sorge nach Anzeichen einer Verschärfung der Rassenpolitik in der Südafrikanischen Union Ausschau. Kein realistisch denkender britischer Kolonialpolitiker glaubt, daß dieser Sieg, der den Nationalisten für die nächsten fünf Jahre eine sichere, wenn auch nicht zu Verfassungsänderungen ausreichende parlamentarische Mehrheit gibt, ohne äußere Auswirkungen bleiben kann, und fast alle Beobachter fürchten, daß die Politik der „Apartheid“ sowohl in der Union als auch in anderen Teilen des schwarzen Erdballs zu den schwersten Auseinandersetzungen und Zusammenstößen führen muß. Daß die jetzt zu weiterer Opposition verurteilte Vereinigte Partei mit ihrer Politik der Absonderung auf lange Sicht wahrscheinlich ebenfalls Schiffbruch erlitten hätte, ist nur ein schwacher Trost.

Die Südafrikanische Union ist seit jeher wirtschaftlich ein außerordentlich wertvolles Glied des Commonwealth, aber politisch eines sei-

ner Sorgenkinder. Ihre Politik der Rassendiskriminierung steht in fundamentalem Gegensatz zu der britischen Auffassung von kolonialer Verantwortung, ist ein Stein des Anstoßes für die nichteuropäischen Commonwealth-Regierungen, hat den britischen Vertreter in den Vereinten Nationen gelegentlich in sehr peinliche Situationen versetzt und droht die seit langem mit großer Geduld vom Kolonialamt in London betriebenen Bemühungen um die — notwendigerweise sehr langsame — Erziehung der farbigen Bevölkerung zur Teilnahme an Verwaltung und Regierung empfindlich zu stören, und das zu einer Zeit, da es durch die delikatsten Verhandlungen um eine Zentralafrikanische Föderation und den Mau Mau-Terror in Kenya ohnehin einer scharfen Belastungsprobe ausgesetzt ist.

Getreu ihrer konstitutionellen Auffassung, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der sich selbst regierenden Dominien einzumischen habe, hat sich die britische Regierung peinlichst bemüht, den südafrikanischen Nationalisten kei-

nen Grund zu Vorwürfen über imperialistische Übergriffe oder Parteilichkeit zu geben, sondern im Gegenteil manch unnötige Komplikation in den Beziehungen mit der farbigen Bevölkerung der Kolonien in Kauf genommen. Dr. Malan ist Staatsmann genug, Englands koloniale Schwierigkeiten zu verstehen. Aber seine jüngeren und radikaleren Anhänger zeigten bisher wenig Verständnis für die weitreichenden Auswirkungen innerer Unionskonflikte auf andere Teile Afrikas und die große internationale Politik.

Übrigens fehlt es nicht an wirtschaftspolitischen Konfliktstoff zwischen der Südafrikanischen Union und Großbritannien. Zwei Probleme stehen dabei im Vordergrund, die ständig aktuelle Frage des Goldpreises und Südafrikas Bedarf an Investitionskapital. Beide Probleme betreffen in gewissem Sinne die USA, mehr als Großbritannien, denn diese bestimmen letztthin den Goldpreis und decken dank ihrer kaufmännischen Initiative und finanziellen Stärke einen steigenden Anteil des wachsenden südafrikanischen Kapitalbedarfs, insbesondere für die verarbeitende Industrie, auf deren Entwicklung jede Unionsregierung Wert legen muß. Die britische Regierung hat sich nicht imstande gesehen, Südafrikas Wünsche auf Revision des Goldpreises zu unterstützen, aber andererseits alles nur Mögliche getan, englischen Firmen bei der Ausdehnung ihrer industriellen Interessen in der Union behilflich zu sein, und sie wird dies auch weiterhin tun.

Als bei weitem bedeutendster Lieferant und Kunde der südafrikanischen Wirtschaft hat Großbritannien das größte Interesse an dem Wohlergehen der Union. Andererseits braucht die südafrikanische Landwirtschaft den aufnahmefähigen englischen Markt, während der Bergbau von der Londoner City einen großen Teil seines Risikokapitals erhält. Wirtschaftlich ergänzen sich die beiden Länder vorzüglich. Diese Tatsachen sollten auch dann enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen sichern, wenn der politische Konfliktstoff in der Union zu Reibungen und gelegentlichen Entladungen führt. (A)